

Gemeinderat der Stadt Freiburg
Herrn Oberbürgermeister Dr. Salomon

OSB Alliance
Open Source Business Alliance e.V.

Breitscheidstraße 4
70174 Stuttgart

Telefon +49 711 90715-390
Telefax +49 711 90715-350

info@osb-alliance.com
www.osb-alliance.com

Vorstand

Vorsitzender
Peter H. Ganten
Univention GmbH

Stellv. Vorsitzender
Holger Dyroff
ownCloud GmbH

Stellv. Vorsitzender
Thomas Uhl
Tom & Friends GmbH

Rico Barth
c.a.p.e. IT GmbH

Henriette Baumann
integratio GmbH

Karl-Eugen Binder
Stuttgarter Lebensversicherung a.G.

Elmar Geese
tarent GmbH

Martin Jähn
Martin Jähn & Partner GmbH

Prof. Dr. Helmut Krcmar
Technische Universität München

Niels Mache
struktur AG

Uwe Meyer-Gundelach
IBM Deutschland
Research & Development GmbH

Jens Ziemann
Red Hat GmbH

Ehrevorsitzender
Dr. Karl-Heinz Strassemeyer

Geschäftsführer
Klaus Haasis

Baden-Württembergische Bank
BLZ 60050101 Konto 2 625 696

Auslandszahlungsverkehr
Ust-IDNr. 240931660
IBAN DE73 6005 0101 0002 6256 96

Steuernummer
99059 / 04194

Vereinsregisternummer
VR 7217 Amtsgericht Stuttgart

15.11.2012

Betreff: Beschlussvorlage G-12/223 “Anwendung von Offenen Standards und quelloffener Software (Open Source) in der IT-Konzeption der Stadt Freiburg”

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Salomon,
Sehr geehrte Gemeinderätin, Sehr geehrter Gemeinderat,

In der Drucksache G-12/223 liegt Ihnen derzeit ein Beschlussantrag mit drei Punkten vor, der nichts weniger als die Abkehr der Stadt Freiburg von einer offenen und nachhaltigen IT-Strategie beschließen soll. Nach unserer Überzeugung wäre es für die Stadt Freiburg und ihre Bürger von großem Nachteil, sollte diese Beschlussvorlage Bestätigung finden. Aufgrund der Faktenlage und nach Durchsicht der Gutachten, der Vorlage und der Anhänge schlagen wir vor, den Beschluss abzulehnen.

1.) Aufhebung des Gemeinderatsbeschluss G-07/067
(Open Document Format)

Zunächst verdient der dritte Punkt des Antrages eine tiefere Begutachtung, die unserer Meinung nach nicht innerhalb der wenigen zur Verfügung stehenden Tage möglich ist, aber schwerwiegende und nachhaltige Konsequenzen hätte. Mit der dort verlangten “Aufhebung des Gemeinderatsbeschluss gemäß Drucksache G-07/067 vom 26.06.2007 (...) soweit es um die Verwendung von Open Document als Standardformat geht.” würde die Stadt Freiburg einen Weg beschreiten, der nicht mit den Prinzipien einer modernen und freien Informationsgesellschaft mit ihrem Anspruch an Nachhaltigkeit und Offenheit vereinbar ist. Die freiwillige Abhängigkeit (Vendor-Lock-In) von einem Softwarehersteller (in diesem Falle Microsoft), der alleine über Features und Funktionen eines Dateiformates entscheidet, ist nach unserem Dafürhalten nicht mit den Ansprüchen einer von Steuern finanzierten Behörde vereinbar.

Im Gegenteil: Das Streben nach einem offenen Standard, hatte im Bereich der Office-Formate eben zu der Zielvorgabe geführt, die der Gemeinderat 2007 in weiser Voraussicht definierte. Immer mehr Gemeinden, Städte und Behörden (München, Leipzig, Schwäbisch Hall, zahlreiche US-amerikanische Städte, aber auch ganze Länder wie Brasilien, Italien, Spanien, ...) erkennen die Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit freier Formate und offener Standards, auch und gerade in der Dokumenten-

verarbeitung. Und nicht zuletzt hat auch Microsoft selbst ODF in seine Office-Produkte (ab 2013 vollständige Unterstützung: <http://office.microsoft.com/de-de/word-help/unterstuetzung-fur-das-opendocument-format-in-microsoft-office-2010-HA101878944.aspx>) eingebaut. Ein Wechsel, wie ihn Punkt 1 und 2 der Beschlussvorlage vorsehen, muss also keineswegs mit einer grundsätzlichen Änderung des Beschlusses und des Dokumentenformates einhergehen. Diese Annahme ist falsch, ebenso die Annahmen, ein freies Dokumentenformat sei zwingend an eine freie Office-Suite gebunden. Das durch die Beschlussvorlage beförderte DocX- bzw. OOXML-Format ist dagegen kein offenes Format.

Auch die Europäische Kommission warnt in ihrem kommenden Leitfaden davor: <http://cordis.europa.eu/fp7/ict/ssai/docs/ictprocurementworkshop-dec2011/draftguidelines-action23-21dec2011.pdf>, im Kapitel ""know your standards").

2) Kritik am Gutachten und an der Stellungnahme der Behörde:

Das Gutachten, dass zum Wechsel auf eine reine Microsoft-Strategie rät, stellt an einigen Stellen die Realität fehlerhaft dar. Hier nur eine Auswahl:

- Auch kleinere Städte wie Schwäbisch Hall und Treuchtlingen sind durchaus, im Gegensatz zur Darstellung, sehr erfolgreich mit freier Office-Software. Beide sind auch Mitglieder der Open Source Business Alliance e.V. - wie die Stadt Freiburg. Wir möchten an dieser Stelle einen ernsthaften Erfahrungsaustausch anregen.
- Die Einschätzung des Gutachters, dass eine Kompatibilität zu Microsoft Office nicht in den nächsten Jahren erreichbar sei, ist ebenfalls falsch. Wichtig ist hier eben die unter Punkt 1 genannte Verwendung offener Standards, dann ist diese Kompatibilität selbstverständlich. Der Gutachter bleibt hierbei schuldig, welchen Einblick in die verschiedenen Freie-Software-Projekte er zu diesem Thema hat. An den verschiedenen Open-Source-Alternativen sind kompetente Software-Hersteller beteiligt, die auch nachhaltige und langfristige Perspektiven sichern. Ein Beispiel hierfür wäre etwa IBM, das große Teile des Office-Paketes IBM Symphony als Freie Software veröffentlicht hat. Und nicht zuletzt Microsoft selbst verspricht zum Beispiel in Office 2013 vollständige ODF-Kompatibilität.
- Zahlreiche Aussagen betreffend LibreOffice und Apache OpenOffice sind falsch oder veraltet. Für beide gibt es in Deutschland ein breites und fachlich kompetentes Support-Angebot, das von SUSE bis hin zu vielen kleineren, auch in Baden-Württemberg vertretenen Anbietern reicht. Eine Liste können wir auf ihren Wunsch gerne erarbeiten.
- Der WollMux als Anwendung zur zentralen Verwaltung und Nutzung von einheitlichen Vorlagen und Formularen bildet einen wichtigen Baustein in der Gesamtstrategie zur Optimierung der Arbeitsabläufe in der Stadt Freiburg. Diese von der Landeshauptstadt München entwickelte Anwendung, die als Freie Software ebenso wie OpenOffice.org lizenzkostenfrei genutzt werden kann, steht für Microsoft Office nicht zur Verfügung. Bei einer Migration auf Microsoft Office entfielen damit ein wichtiger und von den Anwendern hoch geschätzter Bestandteil der Arbeitsplatzausstattung.
- Aus unserer Sicht wichtig, aber überhaupt nicht thematisiert ist der Einsatz neuerer Versionen der freien Office-Pakete. Hierbei bleibt es zunächst irrelevant ob LibreOffice oder Apache OpenOffice verwendet wird. In beiden Fällen werden durch schnelle Updates eine Vielzahl von Benutzerproblemen behoben. Neue Releases erfolgen hier wesentlich öfter als bei Microsoft. Darauf gehen weder das Gutachten noch der Bericht der Verwaltung ein. Hier lässt sich problemlos weiteres Optimierungspotential erzielen.
- Das Gutachten vergleicht in seinen Handlungsanweisungen Äpfel mit Birnen. Zwar werden in den uns verfügbaren Anhängen auf zahlreichen Seiten die Lösungen, die Microsoft Office entweder als Teil- oder als Allein-Lösung vorschlagen, gewürdigt. Doch als Open-Source-Alternative muss nur der "ge-

scheiterte" Versuche der Stadt Freiburg herhalten, der offensichtlich sowohl an veralteter Software wie auch an unzureichender IT-Organisation litt. Dafür sprechen Aussagen im Gutachten, die auf die mangelhafte Kompatibilität und vor allem auf regelmäßige Abstürze hindeuten. Beides findet sich in aktuellen Software-Versionen nicht mehr, weder in Libre Office noch in Apache OpenOffice.

- Ebenfalls keinen Einfluss genommen in die Beschlussvorlage haben offenbar die Aspekte des Mehrwerts und der Nachhaltigkeit, die das Open-Source-Entwicklungsmodell und die Verwendung von offenen Standards für Bürger, Behörden und die gesamte Gesellschaft haben. Auch etwaige, spätere Exit-Kosten, die bei zukünftigen Entscheidungen relevant werden, finden keine Berücksichtigung. (<http://blogs.fsfe.org/gerloff/2012/11/01/the-uks-new-open-standards-policy/>)
- Es ist aus den uns vorliegenden Unterlagen nicht ersichtlich, warum der Gemeinderatsbeschluss G-07/067 aufgehoben werden soll. Mit welcher Begründung kann ODF nicht weiter als Standard eingesetzt werden, zumal auch Microsoft zukünftig auf diesen Standard setzt? Diese Möglichkeit findet in der gesamten Beschlussvorlage keine Erwähnung, hier wird sich vielmehr bereits auf ein Produkt eines Herstellers festgelegt. Nach Ansicht der Unterzeichner ist diese Prozedur keinesfalls vergabekonform und eröffnet potenziellen Auftragnehmern und Bewerbern zahlreiche Möglichkeiten, rechtliche Schritte einzuleiten.

Gerne hätten wir uns in den Prozess zur Beurteilung des Gutachtens schon früher eingebracht, aber trotz unseres offenen Briefes an die Stadt vom 18. September 2012 wurde uns das Gutachten und die Stellungnahme der Verwaltung erst Anfang dieser Woche, zusammen mit der Öffentlichkeit, zur Verfügung gestellt.

3) Beschlussvorschlag an Sie

Wir möchten Sie auffordern, als Gemeinderat eine politische und nachhaltige Entscheidung zugunsten von Offenheit, Transparenz, Mitbestimmung und Mitwirkung aus dem Jahre 2007 nicht vorschnell in eine Entscheidung zu verwandeln, die zu direkten Lizenzzahlungen an einen proprietären Hersteller in Höhe von ca. 550.000 EUR führt.

Große Städte wie München, Jena und (seit der Erstellung des Gutachtens im Sommer 2012 dazugekommen) Leipzig beweisen, dass Libre-Office- oder Apache-Office-Implementationen der neuesten Generation erfolgreich sind. Auch in kleineren Städten wie der Stadt Schwäbisch Hall oder Treuchtlingen laufen Projekte mit einem klaren Fokus auf offenen Office-Suiten zur großen Zufriedenheit und haben zu deutlichen Einsparungen geführt.

Weltweite Beispiele belegen Erfolge, die Institutionen jeder Couleur mit freien Office-Produkten wie LibreOffice haben - die Keynote von Italo Vignoli von der LibreOffice Konferenz nennt hier zahlreiche Beispiele (<http://conference.libreoffice.org/talks/content/sessions/003/files/berlin-achievements.pdf>)

Gerade die Fortschritte der letzten Jahre innerhalb der freien Office-Projekte (erfolgreiche Einführung von Qualitätsmanagement und Unit-Testing, LibreOffice gewinnt als Marktführer mehr und mehr User - 60 Millionen Anwender weltweit) bezeugen die Fähigkeiten der kostenfreien Alternativen. Dass dabei jedoch weitreichende organisatorische Vorarbeiten und Planungen zu treffen sind, versteht sich. Ohne die jedoch ist auch eine Migration auf proprietäre (Office-)Produkte zum Scheitern verurteilt. Eine Office-Migration, egal mit welchem Ziel, ist stets mehr von organisatorischen Faktoren geprägt denn von technischen (Beispiel: Formatvorlagen). Gerade bei diesen Fragestellungen können wir ihnen Kontakte und Gesprächspartner anbieten, die nachhaltige und erfolgreiche Projekte durchgeführt haben, wie zum Beispiel in Schwäbisch Hall oder München.

Wir schlagen vor, den Erfahrungsaustausch diesbezüglich weiter zu verfolgen und zügig ein neuestes Release zu evaluieren und als klare Wahl in der Stadt einzusetzen. Ein Doppelbetrieb wie bisher ist sicherlich wenig erfolgreich, insoweit schließen wir uns dem Gutachten an. Einzelne Arbeitsplätze können wie bisher mit MS Office versorgt werden, dies ist mit einem Hinweis an Lieferanten zum verwendeten Standard zu begleiten. Parallel ist sicherlich eine aktive Änderung der Landesvorgaben bzgl. MS Office als Standard nötig. Gerne unterstützen wir hier bei zukünftigen Initiativen durch entsprechende Gremien wie den Städtetag.

Zusammenfassend schlagen wir vor, den Beschlussvorschlag abzulehnen und eine schnelles Update auf eine neue Version einer freien Office Suite (LibreOffice oder Apache OpenOffice) durch die Verwaltung prüfen zu lassen. Den weiteren Weg zu noch mehr Open-Source-Einsatz in Ihrer Stadt sind wir gerne bereit aktiv zu begleiten.

Bitte stimmen Sie gegen die Beschlussvorlage.

Mit freundlichen Grüßen,

Peter Ganten
Vorsitzender des Vorstands der Open Source Business Alliance

Holger Dyroff
Sprecher der Working Group Public Affairs und
Vorstandsmitglied der Open Source Business Alliance -

Matthias Kirschner
Free Software Foundation Europe

Marco Schulze
Vorstandsmitglied des Bundesverband Informations- und Kommunikationstechnologie

Florian Effenberger
Vorsitzender des Vorstands der The Document Foundation

Jacqueline Rahemipour
Vorstandsmitglied des Freies Office Deutschland e.V.